



Herrn  
Oberbürgermeister  
Dieter Reiter  
Rathaus

München, 06.07.2023

## **München handelt gegen den Fachkräftemangel II: Beschäftigte in der Altenhilfe angemessen bezahlen!**

### **Antrag**

Das Sozialreferat und das Personal- und Organisationsreferat werden beauftragt, die Mitarbeiter\*innen bei der Stadt und bei den freien Trägern, die in der Arbeit mit Seniorinnen und Senioren tätig sind, künftig besser zu bezahlen. Alle Spielräume im Tarifwerk des TVöD sind auszunutzen. Die besondere Schwierigkeit der sozialpädagogischen Tätigkeit muss anerkannt werden.

Spätestens zum 1.1.2024 sollen bei der Stadt und bei den freien Trägern folgende Höhergruppierungen vorgenommen werden:

- Reguläre Tätigkeiten in den Alten- und Service-Zentren, Beratungsstellen, Seniorentreffs und Seniorenwohnanlagen und vergleichbaren Angeboten: S12 statt S11b
- Verwaltungstätigkeit im Bereich der Altenhilfe bei den freien Trägern (v.a. in den ASZ): mindestens EG7 statt bisher EG6
- Leitung der Alten- und Service-Zentren: S17 statt bisher S15

Der Personalreferent wird darüber hinaus gebeten, sich über den Kommunalen Arbeitgeberverband (KAV) mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass die Beschäftigten der BSA 60+ und der Betreuungsstellen künftig in S14 statt wie bisher in S12 bezahlt werden können.

### **Begründung**

Die Beschäftigten in der Altenhilfe leisten dieselbe wertvolle Arbeit wie die in der Kinder- und Jugendhilfe und die in den Nachbarschaftstreffs. In weiten Teilen durch den Tarifvertrag verursachte strukturelle Nachteile bei der Bezahlung dieser Sozialpädagoginnen und -pädagogen sollen endlich



ausgeglichen werden. Dazu soll die Stadt alle Ermessensspielräume nutzen und spätestens zum Jahr 2024 die Höhergruppierungen ermöglichen.

In den Teilbereichen, in denen eine Tarifvertragsänderung notwendig ist, soll die Verwaltung ihre schon erfolgten Bemühungen nachdrücklich verstärken. Es ist nicht hinnehmbar, dass die Arbeit mit an Leib und Leben gefährdeten Seniorinnen und Senioren weniger wertvoll ist als die mit Kindern und Jugendlichen.

Die entstehenden Mehrkosten kann das Sozialreferat aus dem Budget tragen. Die hier beantragten Eingruppierungsveränderungen sind dem Amt für Soziale Sicherung seit Jahren ein Anliegen, das durch diesen Antrag Unterstützung erfahren soll. Die bessere Bezahlung und einhergehende angemessene Wertschätzung für die Beschäftigten in allen Bereichen der Altenhilfe sind ein weiterer notwendiger Baustein, um dem Fachkräftemangel im Sozialbereich zu begegnen.

*gez.*

Anne Hübner  
Christian Köning  
Micky Wenngatz  
Simone Burger  
Roland Hefter  
Barbara Likus  
Christian Müller  
Cumali Naz

*Stadtratsmitglieder*

